

Niederschrift
über die 8. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
am 29.06.2016 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dr. Ammermann, Gert	Vorsitzender
Giebels, Harald	für Stefer, Michael
Henk-Hollstein, Anne	
Jülich, Urban-Josef	
Kleine, Jürgen	
Schavier, Karl	
Schönberger, Frank	für Dr. Elster, Ralph
Stieber, Andreas-Paul	
Zimball, Wolfgang	

SPD

Böll, Thomas	
Joebges, Heinz	
Dr. Klose, Hans	
Kösling, Klaus	
Recki, Gerda	für Kaske, Axel
Soloch, Barbara	
Steinhäuser, Heike	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klemm, Ralf	
Kremers, Heinz-Josef	für Beck, Corinna
Rickes, Roland	

FDP

Becker-Blonigen, Werner
Effertz, Lars Oliver

Die Linke.

Detjen, Ulrike	für Basten, Larissa
----------------	---------------------

Freie Wähler/Piraten

Bayer, Udo

Verwaltung:

Frau Lubek	LVR-Direktorin (zu TOP 3)
Herr Limbach	Erster Landesrat und LVR-Dezernent 1, Personal und Organisation (zu TOP 5 und 6)
Frau Hötte	LVR-Dezernentin 2, Finanz- und Immobilienmanagement
Herr Bahr	LVR-Dezernent 4, Jugend
Herr Lewandrowski	LVR-Dezernent 7, Soziales
Frau Karabaic	LVR-Dezernentin 9, Kultur und Landschaftliche Kulturpflege
Frau Bayer	LVR-Fachbereichsleiterin 03, Kommunikation
Herr Soethout	LVR-Fachbereichsleiter 21, Finanzmanagement
Herr Althoff	LVR-Fachbereichsleiter 24, Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
Herr Härtner	LVR-Fachbereich 52, Schulen
Herr Kreacsik	LVR-Fachbereich 83, Wirtschaftliche Steuerung
Frau Esser	LVR-Fachbereich 21, Finanzmanagement
Herr Zensen	LVR-Fachbereich 21, Finanzmanagement
Herr Schulz	LVR-Fachbereich 21, Finanzmanagement, (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

- | | | |
|-------|--|-------------------------------------|
| 1. | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. | Niederschrift über die 7. Sitzung vom 04.03.2016 | |
| 3. | Metropolregion Rheinland: Sachstandsbericht zum Formatierungsprozess und Grundsatzbeschluss | 14/1325 E |
| 4. | LVR-Inklusions-App | 14/1310 E |
| 5. | Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“ | 14/1275 K |
| 6. | Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets und Überprüfung der Verwaltungsstrukturen | 14/1302 K |
| 7. | LVR-Frida-Kahlo-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, Sankt Augustin hier: Grundsatzbeschluss über die Erweiterung der Außenstelle Bonn-Vilich | 14/1256 E |
| 8. | Gesetzgebungsverfahren zum Bundesteilhabegesetz und zum 3. Pflegestärkungsgesetz | |
| 8.1. | Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zum 3. Pflegestärkungsgesetz (PSG III) | 14/1236 K |
| 8.2. | LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes | 14/1289 K |
| 9. | Hilfe für Menschen mit Behinderungen im betreuten Wohnen | Antrag
14/119 CDU, SPD E |
| 10. | Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland | Antrag
14/121 CDU, SPD E |
| 11. | Erstellung und Abschluss der städtebaulichen Rahmenplanung für die LVR-Klinik Viersen | 14/1285 K |
| 12. | Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung | |
| 13. | Sachstand zur Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum | 14/1131 K |
| 14. | LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler | |
| 14.1. | Sachstand zur Realisierung eines zweiten Bauabschnitts für die Stiftung Kunstfonds | 14/1130 K |
| 14.2. | LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler/ Neubau Schaumagazin/ 2. Bauabschnitt Stiftung Kunstfonds hier: Grundsatzbeschluss | 14/1248 E |

- | | | |
|---------|---|----------------------------------|
| 15. | LVR-Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege mit den Biologischen Stationen im Rheinland Sachstand und Fördervorschlag 2016 | 14/1075 E |
| 16. | Digitale Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege | 14/1127 E |
| 17. | Substanzerhalt Kulturelles Erbe hier: Beantwortung des Antrags 14/81 | 14/981/1 K |
| 18. | Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Stiftung Zollverein im Rahmen des LVR-Netzwerkes Kulturelles Erbe im Rheinland | 14/1141 E |
| 19. | Fortsetzung der finanziellen Unterstützung des Museums Zinkhütter Hof in Stolberg im Rahmen des LVR-Netzwerkes Kulturelles Erbe im Rheinland | 14/1142/1 E |
| 20. | Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn: Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Grundlage einer umfassenden inklusiven Zielsetzung | 14/1134 E |
| 21. | Haus Freudenberg GmbH Mittelbare Beteiligung an der Gemeinnützigen Gesellschaft der Werkstätten für Behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen mbH (GDW NRW GmbH) | 14/1194 K |
| 22. | Bestätigung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2014 des Landschaftsverbandes Rheinland und Entlastung der LVR-Direktorin gemäß § 116 GO NRW i.V.m. § 96 GO NRW | 14/1309 E |
| 23. | Jahresabschluss 2015 | |
| 23.1. | Vortrag zum Entwurf des Jahresabschlusses 2015 | |
| 23.2. | Überplanmäßige Aufwendungen 2015 | 14/1296 E |
| 23.3. | Übertragung von Budgetermächtigungen des Haushaltsjahres 2015 in das Folgejahr sowie Information über die tatsächliche Inanspruchnahme der Budgetreste aus dem Haushaltsjahr 2014 | 14/1175 K |
| 24. | Anfragen und Anträge | |
| 24.1. | Anfrage 14/10 | |
| 24.1.1. | Anfrage: Entwicklung des Haushalts 2016 und Rückstellungen für Integrationshilfen | Anfrage
14/10 GRÜNE B |
| 24.1.2. | Beantwortung Anfrage Nr. 14/10: Entwicklung des Haushaltes 2016 und Rückstellungen für Integrationshilfen | 14/1327 K |

- 24.2. Anfrage 14/9
- 24.2.1. Anfrage: Ziele und Kennzahlen im Haushalt 2017/2018 **Anfrage
14/9 GRÜNE B**
- 24.2.2. Beantwortung Anfrage Nr. 14/9: Ziele und Kennzahlen im Haushalt 2017/2018 **14/1326 K**
25. Mitteilungen der Verwaltung
26. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

27. Niederschrift über die 7. Sitzung vom 04.03.2016
28. Berichterstattungen aus Beteiligungen und Mitgliedschaften
29. Quartalsreport der Beteiligungsverwaltung zu den wirtschaftlichen Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des LVR zum 31. März 2016 **14/1307 K**
30. Allgemeiner Sachstandsbericht zur Gebäude- und Liegenschaftsplanung der LVR-Jugendhilfe Rheinland **14/1224 E**
31. Investitionsprogramm 2016 für Krankenhäuser des Landes Nordrhein-Westfalen **14/1243 K**
32. Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks der LVR-Klinik Viersen **14/1294 E**
33. Anfragen und Anträge
34. Mitteilungen der Verwaltung
35. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:50 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	12:00 Uhr
Ende der Sitzung:	12:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt die vor Sitzungsbeginn ausgelegte aktualisierte Tagesordnung einvernehmlich an.

Punkt 2

Niederschrift über die 7. Sitzung vom 04.03.2016

Frau Detjen bittet um Klarstellung des Redebeitrages von **Frau Basten** in der Niederschrift vom 04.03.2016 zu TOP 20 "Nachtragshaushalt 2016; Antrag 14/120 Grüne". Es müsse heißen:

"**Frau Basten** begründet ihre *ablehnende Haltung* zu Antragziffer 1 mit der zu *langen* Restlaufzeit des laufenden Haushaltsjahres".

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stimmt der von **Frau Detjen** gewünschten Klarstellung zu.

Punkt 3

Metropolregion Rheinland: Sachstandsbericht zum Formatierungsprozess und Grundsatzbeschluss Vorlage 14/1325

Frau Lubek erläutert, dass die kreisfreien Städte und Kreise des Rheinlandes, die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern und der LVR Mitglieder des Vereins "Metropolregion Rheinland e. V. (MRR)" mit Sitz in Köln werden sollen. Die Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln, die Regionalräte in Düsseldorf und Köln sowie die regionalen Managements erhielten einen Gaststatus. Die kreisfreien Städte Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen würden keine Mitglieder. **Frau Lubek** stellt klar, dass diese aber keine Bedenken gegen die geplante Gründung der MRR hätten. Sie führt aus, dass sich die Akteure bereits zum Beginn des Jahres 2015 getroffen hätten, um gemeinsam zu beraten, wie die Idee einer MRR Wirklichkeit werden könne. Die Zielsetzung des Vereins umfasse die Bereiche Verkehr, Infrastruktur, Kultur, Tourismus, Planung und Vermarktung, die in regionaler und interkommunaler Zusammenarbeit verwirklicht werden sollten, um die Bedeutung des Rheinlands als zusammenhängenden und gemeinschaftlichen Lebensraum nachhaltig und substanziell zu erhöhen. **Frau Lubek** betont die aus ihrer Sicht herausgehobene verbandspolitische Relevanz für den LVR und stellt die hohe Bedeutung einer klaren Positionierung seinerseits heraus. Dies spiegele sich auch in den Tatsachen wieder, dass der LVR Gründungsmitglied werden solle und für die LVR-Direktorin / den LVR-Direktor ein Platz im Vorstand vorgesehen sei. Der Vorstandsvorsitz solle alle zwei Jahre wechseln.

Im Zuge des Formatierungsprozesses seien vier Arbeitskreise gebildet worden, von denen der LVR die Federführung und Geschäftsführung im Arbeitskreis "Kultur und Tourismus" übernommen habe. Dem LVR obliege damit die Steuerung der weiteren Planung im Bereich Kultur.

Zur Finanzierung der MRR führt **Frau Lubek** aus, dass diese durch eine Beitragsordnung verbindlich geregelt werde. Von den Gesamtkosten von ca. 1 Mio. € jährlich übernähmen die Kammern 1/3. Von den verbleibenden rd. 667.000 €, die durch kommunale Gebietskörperschaften im MRR aufzubringen seien, würden die Kosten für die durch den LVR bereitzustellenden Räumlichkeiten incl. Ausstattung (geschätzte Größenordnung ca. 150.000 € p. a.) vorab in Abzug gebracht, um eine Doppelbelastung der kommunalen Seite zu vermeiden. An der Finanzierung des restlichen Betrages von ca. 517.000 € würde sich der LVR selbst nicht mehr beteiligen. Zum weiteren Vorgehen erklärt **Frau Lubek**, dass der erarbeitete Satzungsentwurf allen kommunalen Räten, den Kreistagen, der Verbandsversammlung und den Regionalräten vorgestellt werden solle. Ziel sei es, dass die politischen Gremien der Mitglieder des Vereins bis zu den Herbstferien zustimmen. Die Gründung der MRR solle unmittelbar nach der abschließenden Beratung und Beschlussfassung des nordrhein-westfälischen Landtages erfolgen. Sie ergänzt, dass aufgrund dieses Zeitrahmens die von der Verwaltung vorgeschlagene Beschlussfassung

durch die politische Vertretung des LVR zum jetzigen Zeitpunkt im Hinblick auf die Signalwirkung für die anderen Mitglieder von großer Bedeutung sei.

Frau Detjen gibt zu Bedenken, dass aus ihrer Sicht nicht klar sei, wie sich die Aufgabenstellung des LVR durch die Tätigkeit in der MRR ändere. **Herr Jülich** begrüßt, dass sich der LVR in die MRR einbringe. **Herr Rickes** weist darauf hin, dass sich nach seiner Auffassung die geplanten Strukturen zum Teil mit denen des Regionalverbandes Ruhr überlappten. Für **Herrn Becker-Blonigen** ist es wichtig, dass die Ziele und Aufgaben des MRR deutlich definiert sein müssten, da nur so eine Akzeptanz der inhaltlichen Ansätze erreichbar sei.

Frau Lubek antwortet, dass die Zielsetzung und die Zweckbestimmung der MRR eindeutig in § 2 Abs. 3 des Entwurfs der Satzung dargelegt seien. Mit der Gründung der MRR würden auch europäischen Interessen Rechnung getragen. Sie hebt hervor, dass das Aufgabenportfolio des LVR durch die Vereinsgründung nicht tangiert werde.

Herr Klemm stellt für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN den Antrag, die Beratung der Vorlage bis nach der Sommerpause zu vertagen und begründet dies mit dem hohen Stellenwert des zu fassenden Beschlusses und dem in seiner Fraktion bestehenden Beratungsbedarf, der bis zur Sitzung des Landschaftsausschusses am 01. Juli 2016 nicht zu bewältigen sei.

Herr Kösling stellt für die SPD-Fraktion abweichend den Antrag, die Beratung der Vorlage im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ohne Votum an den am 01. Juli 2016 tagenden Landschaftsausschuss zu vertagen.

Herr Dr. Ammermann stellt die beiden gestellten Anträge zur Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wird **mehrheitlich** von den Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen **abgelehnt**.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen **beschlossen**.

Die Beratung der Vorlage wird **ohne Votum** des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Beratung an den Landschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4

LVR-Inklusions-App Vorlage 14/1310

Herr Effertz geht auf die durch die Erstellung der LVR-Inklusions-App insgesamt entstehenden Kosten in Höhe von 60.000 € bis 80.000 € ein und bittet um Auskunft, weshalb der LVR eine eigene App erstellen wolle und nicht auf die bereits bestehende öffentliche "OpenStreetMap" zurückgreife. **Frau Bayer** antwortet, dass als Grundlage die "OpenStreetMap" verwendet werde, in die alle durch den LVR für das Projekt "LVR-Inklusion-App" ermittelten Daten einfließen würden. Durch diese Vorgehensweise könnten die LVR-Daten auch von anderen, externen Projekten für Menschen mit Behinderungen verwendet werden. Diese Informationen zu den LVR-Einrichtungen würden somit besser dargestellt und die Wirkung der vom LVR erarbeiteten App erhöhen. **Frau Detjen** fragt, ob Folgekosten entstünden und wie hoch diese gegebenenfalls seien. **Frau Bayer** antwortet, dass für die App in der jetzt vorgeschlagenen Form (also ohne die in der Vorlage skizzierte langfristig mögliche inhaltliche Weiterentwicklung) von Sachkosten in Höhe von 10.000 € pro Jahr ausgegangen werden könne.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die LVR-Inklusions-App (Arbeitstitel), wie in der Vorlage Nr. 14/1310 beschrieben, zu realisieren.

Punkt 5

Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“

Vorlage 14/1275

Herr Kösling berichtet, dass der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung der Anregung eines Ausschussmitgliedes gefolgt sei, das Organigramm des LVR-Dezernates 3 in der Stabsstellenbezeichnung um den Begriff Umweltverträglichkeit (Umwelt / Umweltverträglichkeit) zu erweitern. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss schließt sich einvernehmlich dieser Anregung an.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zur Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“ gemäß Vorlage Nr. 14/1275 zur Kenntnis.

Punkt 6

Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets und Überprüfung der Verwaltungsstrukturen

Vorlage 14/1302

Herr Limbach erläutert die Vorlage. Er geht dabei auf die Steuerungsbedeutung der Budgetierung der Personalkosten im Verhältnis zum Stellenplan als Teil des LVR-Haushaltes ein. Er führt aus, dass dargestellt werden sollte, wie der Stellenplan der tatsächlichen, restriktiven Stellenplanbewirtschaftung angenähert werden könne. Dem dann bereinigten Stellenplan werde im Hinblick auf eine stärkere Kongruenz zwischen Stellenplan und Budget eine auskömmliche Finanzierung zugrunde gelegt. Wesentlich sei, dass Grundlage der Personalkostenbudgets allein der Stellenplan sein könne. **Herr Kösling** bedankt sich für die Erläuterungen in der Vorlage im Hinblick auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen zum Haushalt 2017/2018. Dort werde das Thema sicher wieder aufgegriffen. **Herr Effertz** betont, dass er ein Spannungsfeld zwischen Stellenplan und Budgetierung sehe, welches kritisch zu beobachten sei. Er hält die Ausrichtung der Steuerung rein auf den Stellenplan für einen Rückschritt, da sich nach seiner Auffassung die bislang praktizierte Steuerung über die Personalkostenbudgetierung gut bewährt habe. **Herr Klemm** bittet um Erläuterung, wie mit den in der Aufstellung auf Seite 6 der Vorlage genannten 27 unbesetzten Stellen im LVR-Dezernat 9 umgegangen werden solle. **Herr Limbach** antwortet, dass diese Frage im Rahmen der anstehenden Stellenplanberatungen zum Haushalt 2017/2018 aufgegriffen werde. Für **Herrn Dr. Ammermann** ist es von großer Bedeutung, dass der LVR bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes keine Ausweitung der Personalkosten vorsehe und den bisher eingeschlagenen restriktiven Kurs fortführen werde. Er weist auf die besondere Verantwortung des LVR hinsichtlich des Rücksichtnahmegebotes gegenüber seinen Mitglieds Körperschaften hin.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zur Herstellung einer weitgehenden Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets sowie das Konzept zur Überprüfung der Verwaltungsstrukturen gemäß Vorlage 14/1302 zur Kenntnis.

Punkt 7

LVR-Frida-Kahlo-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, Sankt Augustin

hier: Grundsatzbeschluss über die Erweiterung der Außenstelle Bonn-Vilich Vorlage 14/1256

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Begründung zur Vorlage Nr. 14/1256 die Planung für einen Erweiterungsbau der LVR-Frida-Kahlo-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung Sankt Augustin, Dependence Bonn-Vilich, mit dem Ziel, dass die gesamte Abschlussstufe am Schulstandort Bonn-Vilich untergebracht werden kann, zu erstellen.

Punkt 8

Gesetzgebungsverfahren zum Bundesteilhabegesetz und zum 3. Pflegestärkungsgesetz

Punkt 8.1

Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zum 3. Pflegestärkungsgesetz (PSG III)

Vorlage 14/1236

Herr Lewandrowski erläutert, dass das Kabinett den vorliegenden Entwurf des Bundesteilhabegesetzes am 28.06.2016 beschlossen habe. Gegenüber dem Referentenentwurf seien einige Veränderungen eingeflossen, die eine Überarbeitung der gemeinsamen Resolution beider Landschaftsverbände zum Bundesteilhabegesetz erforderten.

Frau Hötte berichtet, dass Bund und Länder am 17. Juni 2016 eine Verständigung darüber erzielt hätten, wie die im Koalitionsvertrag zugesagte kommunale Entlastung in Höhe von 5 Mrd. € umgesetzt werden solle. Da 1 Mrd. Euro über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer verteilt werden sollten, erwägen die Landschaftsverbände das Land NRW anzusprechen, ob diese Mittel über die Schlüsselzuweisungen direkt und ausschließlich den Landschaftsverbänden zugeordnet werden könnten, um so die seinerzeit zugesagte Entlastung in der Eingliederungshilfe zumindest teilweise zu erreichen.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz und zum 3. Pflegestärkungsgesetz gemäß Vorlage Nr. 14/1236 zur Kenntnis.

Punkt 8.2

LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes

Vorlage 14/1289

Die LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes wird durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss gemäß Vorlage Nr. 14/1289 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Hilfe für Menschen mit Behinderungen im betreuten Wohnen

Antrag 14/119 CDU, SPD

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst entsprechend der Empfehlungen des Sozialausschusses vom 20.06.2016 und des Ausschusses für Inklusion vom 28.06.2016 **einstimmig** folgenden gegenüber dem Beschlussvorschlag **abweichenden** empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Umsetzung eines Modellprojektes im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und ein weiteres Modellprojekt in der Freien Wohlfahrtspflege zu entwickeln, mit dem Schülerinnen und Schülern durch gemeinsame Aktivitäten mit bzw. Übernahme leichter Tätigkeiten für Personen mit Wohnhilfen ein selbstverständlicher Umgang mit bzw. Zugang zu Menschen mit Behinderungen ermöglicht wird. Die Modellprojekte **können** in Anlehnung an das Projekt "Taschengeldbörse - Hilfe für Dich, Job für mich" vom Verein ALTERAktiv Siegen-Wittgenstein e.V. entwickelt werden.

Punkt 10

Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland

Antrag 14/121 CDU, SPD

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die im Juni 2014 beratene Vorlage Nr. 13/3692 „Ersatzbedarf für nicht barrierefreie stationäre Wohnangebote der LVR-HPH-Netze“ zu aktualisieren;
- einen Kriterien-Katalog mit Standardanforderungen für inklusive individualisierte Wohnangebote im Rheinland unter Berücksichtigung der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen (WTG etc.) zu entwickeln und den voraussichtlichen Investitionsbedarf im Rahmen einer Grobkostenschätzung zu beziffern;
- ggf. unabweisbar dringende Investitionsbedarfe bereits im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 zu berücksichtigen.

Punkt 11

Erstellung und Abschluss der städtebaulichen Rahmenplanung für die LVR-Klinik Viersen

Vorlage 14/1285

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Abschlussbericht zur städtebaulichen Rahmenplanung für die LVR-Klinik Viersen und zum weiteren Vorgehen der Verwaltung gemäß der Vorlage 14/1285 zur Kenntnis.

Punkt 12

Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung

Frau Karabaic berichtet über die aktuellen Sachstände bei der Vogelsang ip gGmbH und der Stiftung Preußen-Museum:

Vogelsang ip gGmbH

Die Baumaßnahmen befänden sich in der letzten Bauphase. Mit der vorgesehenen

Eröffnung Anfang September 2016 werde die Zeitplanung eingehalten.

Preußen Museum Wesel

Die Umsetzung des Projektes befinde sich im Zeit- / Maßnahmeplan. Die Eröffnung des Hauses sei für August 2016 vorgesehen. Mit der Anerkennung der Mängelfreiheit nach Abschluss der Baumaßnahmen könne die Ausgründung der rheinischen Stiftung und damit die Übernahme durch den LVR erfolgen.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 13

Sachstand zur Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum

Vorlage 14/1131

Frau Karabaic erläutert, dass am 06.06.2016 eine Sitzung des Lenkungskreises Politik stattgefunden habe. Als ein Ergebnis dieser Sitzung könne festgehalten werden, dass die Stadt Köln dem LVR einen Teil der Flächen unter dem Rathaus zur Verfügung stelle. Die Räumlichkeiten sollten vorrangig für die Museumspädagogik und entsprechende Nebenräume genutzt werden. Sinnvoll sei ein direkter Durchgang in die Archäologische Zone selbst. Derzeit werde anhand des Grundrisses erarbeitet, wie das Raumkonzept aussehen könnte. Die weiteren Schritte wären mit der Stadt abzustimmen und zu planen.

Frau Karabaic ergänzt, dass auch der Stiftersaal im Wallraf-Richartz-Museum für Veranstaltungen etc. genutzt werden könne.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstand zur Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum gemäß Vorlage Nr. 14/1131 zur Kenntnis.

Punkt 14

LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler

Punkt 14.1

Sachstand zur Realisierung eines zweiten Bauabschnitts für die Stiftung Kunstfonds

Vorlage 14/1130

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstand zur Realisierung eines zweiten Bauabschnitts für die Stiftung Kunstfonds gemäß Vorlage Nr. 14/1130 zur Kenntnis.

Punkt 14.2

LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler/ Neubau Schaumagazin/ 2. Bauabschnitt Stiftung Kunstfonds

hier: Grundsatzbeschluss

Vorlage 14/1248

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Erstellung der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zum Neubau des Schaumagazins auf dem Gebiet des LVR-Kulturzentrums Abtei Brauweiler, 2. BA Stiftung Kunstfonds, wird - vorbehaltlich der Zustimmung des Bundes zum Raumprogramm und dem Abschluss einer Vereinbarung zur anteiligen Kostenübernahme der Planungskosten bei Nichtrealisierung der Maßnahme - gemäß Vorlage 14/1248 zugestimmt.

Punkt 15

LVR-Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege mit den Biologischen Stationen im Rheinland

Sachstand und Fördervorschlag 2016

Vorlage 14/1075

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der Sachverhalt zum LVR-Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege mit den Biologischen Stationen im Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 14/1075 zur Kenntnis genommen.
2. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Förderprogramm 2016 für das LVR-Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege mit den Biologischen Stationen im Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 14/1075 zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen entsprechend umzusetzen.

Punkt 16

Digitale Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

Vorlage 14/1127

Herr Klemm fragt, wann mit der Umsetzung des ersten der vorgesehenen periodischen Aktionspläne gerechnet werden könne. **Frau Karabaic** antwortet, dass die Vorlage den zur Verfügung stehenden Handlungsrahmen bestimme und die Kernziele festlege. Die aufgeführten Maßnahmen würden nach Maßgabe der zu priorisierenden Handlungsbedarfe unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel realisiert. Ein erstes Beispiel seien die mit Vorlage 14/981/1 vorgestellten Maßnahmen zum Substanzerhalt Kulturelles Erbe. **Herr Effertz** bittet darum, bei den Herausforderungen des digitalen Wandels auch die Sinnhaftigkeit im Blick zu behalten.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzung der in der Vorlage Nr. 14/1127 dargestellten Digitalen Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege wird unter Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

Punkt 17

Substanzerhalt Kulturelles Erbe

hier: Beantwortung des Antrags 14/81

Vorlage 14/981/1

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den nachfolgenden durch den Landschaftsausschusses am 09.03.2016 gefassten Beschluss zur Kenntnis:

Die geplanten Maßnahmen zur bedarfsgerechten Personalausstattung für das Handlungsfeld "Substanzerhalt Kulturelles Erbe" (Digitalisierung und Sicherung) in den Bereichen des LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrums, des LVR-Zentrums für Medien und Bildung und der Abteilung 92.20 sowie die zu erwartenden Ertragssteigerungen werden gemäß Vorlage Nr. 14/981/1 zur Kenntnis genommen.

Der Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Personalkostenbudget des Dezernates 9 in Höhe von 163.500 € in 2016 wird zugestimmt. Sofern eine Deckung aus dem Budget des Dezernates 9 nicht möglich ist, erfolgt die Deckung aus dem Gesamthaushalt. Die zusätzliche Veranschlagung im Haushalt 2017 in Höhe von 380.000 € und im Haushalt 2018 ff. 539.500 € / Jahr fließt in die Haushaltsplanung 2017/2018 ein.

Punkt 18

Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Stiftung Zollverein im Rahmen des LVR-Netzwerkes Kulturelles Erbe im Rheinland Vorlage 14/1141

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst auf Anregung von **Herrn Schavier** **abweichend** vom Beschlussvorschlag **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der Sachstandsbericht zur Fortsetzung und inhaltlichen Ausweitung der Kooperation mit der Stiftung Zollverein und dem Ruhr Museum wird gemäß Vorlage Nr. 14/1141 zur Kenntnis genommen.
2. Der Fortsetzung des finanziellen Engagements **im jährlichen Umfang von bis zu 2 Mio. €** auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen Regelungen wird für die Jahre 2017 bis 2021 zugestimmt, vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Beteiligten zu einer Fortsetzung ihres bisherigen finanziellen Engagements. Ab dem Jahr 2022 steht die Zahlung erneut unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Landschaftsausschusses.
3. Die Vereinbarung zur engeren Kooperation zwischen dem Ruhr Museum und dem LVR-Industriemuseum wird gemäß Vorlage Nr. 14/1141 zur Kenntnis genommen.

Punkt 19

Fortsetzung der finanziellen Unterstützung des Museums Zinkhütter Hof in Stolberg im Rahmen des LVR-Netzwerkes Kulturelles Erbe im Rheinland Vorlage 14/1142/1

Herr Schavier bittet um Auskunft, wie bei vorübergehender Inanspruchnahme des Stiftungskapitals dessen Erhalt zukünftig gesichert werden könne. **Frau Karabaic** erläutert, dass die Stiftungsaufsicht die vorübergehende Inanspruchnahme mit der verbindlichen Auflage verbunden hat, das Stiftungsvermögen wieder auf seinen vollen Wert aufzufüllen. Als weitere Maßnahmen zur Sicherung der Ertragslage solle z. B. der Bekanntheitsgrad des Museums in der Region erhöht und die Attraktivität und damit das Besucherinteresse verbessert werden. Denkbar wäre auch eine verstetigte, rechtlich einsetzbare und somit kalkulierbare Bereitstellung von Räumlichkeiten an Dritte. **Frau Hötte** ergänzt, dass der LVR eine Erwartungshaltung über eine dauerhafte weitergehende finanzielle Unterstützung seinerseits ablehne und dies gegenüber der Stadt bzw. auch dem Museumsverein klar zum Ausdruck gebracht habe.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der Sachstandsbericht zur Fortsetzung der finanziellen Unterstützung des Museums Zinkhütter Hof in Stolberg wird gemäß Ergänzungsvorlage Nr. 14/1142/1 zur Kenntnis genommen.
2. Der Fortsetzung des finanziellen Engagements mit einem Festbetrag von T€ 160/Jahr auf der Grundlage der in der Anlage zur Ergänzungsvorlage Nr. 14/1142/1 beigefügten 2. Ergänzungsvereinbarung für die Jahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt, unter dem Vorbehalt, dass die Stiftungsaufsicht der vorübergehenden Inanspruchnahme des Stiftungskapitals zustimmt und der Museumsverein nach Vorlage der Zustimmung der

Stiftungsaufsicht eine belastbare Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2020 vorlegt.

Punkt 20

Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn: Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Grundlage einer umfassenden inklusiven Zielsetzung Vorlage 14/1134

Herr Klemm erläutert, dass seine Fraktion dem Grundsatzbeschluss zur Neuorientierung des LVR-LandesMuseums zustimme. Er betont in diesem Zusammenhang aber auch die Notwendigkeit zur Beteiligung der politischen Vertretung an den konkreten Einzelmaßnahmen. **Herr Schavier** fragt, ob es bereits Erkenntnisse über eine erste grobe Kostenschätzung gebe. **Frau Karabaic** antwortet, dass konkrete Angaben über entstehende Kosten der politischen Vertretung im Anschluss an die erste Planungsphase vorgelegt würden.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Die Konzeption zur inhaltlichen Weiterentwicklung mit dem Schwerpunkt der inklusiven Gesamtausrichtung des LVR-LandesMuseums Bonn anlässlich des 200-jährigen Jubiläums 2020 wird gemäß Vorlage-Nr. 14/1134 zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeption weiter zu entwickeln und für die vorgeschlagenen Veränderungen konkrete Vorentwurfsplanungen und Kostenschätzungen vorzulegen, auf deren Grundlage Entscheidungen zur Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und zur Umsetzung im laufenden Betrieb erfolgen können.
3. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Planungen weiter zu verfolgen und deren Umsetzung in die Wege zu leiten sowie in regelmäßigen Abständen darüber zu berichten.

Punkt 21

Haus Freudenberg GmbH Mittelbare Beteiligung an der Gemeinnützigen Gesellschaft der Werkstätten für Behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen mbH (GDW NRW GmbH) Vorlage 14/1194

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt nachfolgenden, in der Sitzung des Landschaftsausschusses am 24.05.2016 gefassten, Beschluss zur Kenntnis:

Der Landschaftsverband Rheinland stimmt als Gesellschafter der Haus Freudenberg GmbH der Veräußerung der Geschäftsanteile der Haus Freudenberg GmbH an die Gemeinnützige Gesellschaft der Werkstätten für Behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen mbH (GDW NRW GmbH) zu.

Die Vertreterin des Landschaftsverbandes Rheinland in der Gesellschafterversammlung der Haus Freudenberg GmbH, Frau Brigitte Wucherpfennig, wird dahingehend gebunden, den notwendigen gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen zuzustimmen.

Punkt 22

Bestätigung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2014 des Landschaftsverbandes Rheinland und Entlastung der LVR-Direktorin gemäß § 116 GO NRW i.V.m. § 96 GO NRW Vorlage 14/1309

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2014 des Landschaftsverbandes Rheinland wird entsprechend der Vorlage-Nr. 14/1309 gemäß § 116 Absatz 1 Satz 3 GO NRW bestätigt.
2. Die LVR-Direktorin wird entsprechend § 116 Absatz 1 Satz 4 GO NRW i.V.m. § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW auf der Grundlage des geprüften Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2014 des Landschaftsverbandes Rheinland entlastet.
3. Von dem Gesamtjahresergebnis 2014 von 31.015.224,64 € sind 112.112,72 € anderen Gesellschaftern zuzurechnen, 23.639.586,89 € (Ergebnisanteil der LVR-Kernverwaltung) entsprechend dem Beschluss der Landschaftsversammlung vom 11.12.2015 der Ausgleichsrücklage zuzuführen (wovon 18.390.675,33 € bereits im Rahmen der teilweisen Gewinnverwendung 2014 zugeführt wurden) und 7.263.525,03 € (Ergebnisanteil der LVR-Konzerntochtereinrichtungen) mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Punkt 23

Jahresabschluss 2015

Punkt 23.1

Vortrag zum Entwurf des Jahresabschlusses 2015

Herr Zensen erläutert den Entwurf des Jahresabschlusses. Der hierbei verwendete Folien-Vortrag wird der Niederschrift beigelegt.

Frau Hötte ergänzt, dass der LVR im Jahresergebnis 2015 einen Überschuss von rd. 39,3 Mio. € ausweise. Ferner erläutert **Frau Hötte**, dass der LVR im abgelaufenen Jahr die Buchwerte der RWE-Aktien aufgrund der Börsennotierungen um rd. 34 Mio. € wertberichtigend abgeschrieben habe. Diese Wertberichtigung sei gegen die allgemeine Rücklage gebucht worden. Dieser Tatbestand relativiere das positive Jahresergebnis.

Herr Klemm fragt, wie hoch die Rückstellungen bezüglich der Integrationshelfer seien. Frau Hötte antwortet, dass hierfür Rückstellungen in Höhe von rd. 126 Mio. € gebildet worden seien.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Vortrag zum Entwurf des Jahresabschlusses 2015 des LVR-Haushaltes zur Kenntnis.

Punkt 23.2

Überplanmäßige Aufwendungen 2015 Vorlage 14/1296

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1.) Den überplanmäßigen Aufwendungen im Dezernat 8 "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Heime" in 2015 wird gemäß Vorlage Nr. 14/1296 zugestimmt.

2.) Gemäß Ziffer 1.2 der Ausführungsbestimmungen zum Haushalt 2015 werden die übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen.

Punkt 23.3

Übertragung von Budgetermächtigungen des Haushaltsjahres 2015 in das Folgejahr sowie Information über die tatsächliche Inanspruchnahme der Budgetreste aus dem Haushaltsjahr 2014 Vorlage 14/1175

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die in der Vorlage 14/1175 aufgeführten Budgetübertragungen (Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen) des Haushaltsjahres 2015 sowie die in Anspruch genommenen Budgetreste aus dem Vorjahr 2014 zur Kenntnis.

Punkt 24

Anfragen und Anträge

Punkt 24.1

Anfrage 14/10

Punkt 24.1.1

Anfrage: Entwicklung des Haushalts 2016 und Rückstellungen für Integrationshilfen Anfrage 14/10 GRÜNE

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Anfrage-Nr. 14/10 zur Kenntnis.

Punkt 24.1.2

Beantwortung Anfrage Nr. 14/10: Entwicklung des Haushaltes 2016 und Rückstellungen für Integrationshilfen Vorlage 14/1327

Herr Klemm bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Er fragt, ob sich aus der von der Stadt Köln für seinen Finanzausschuss vorgenommenen Berechnung Rückschlüsse auf den Gesamtbetrag, der vom LVR gegebenenfalls für diesen Sachverhalt an seine Mitgliedskörperschaften zu erstatten sei, ableiten ließen. **Frau Hötte** antwortet, dass die von der Stadt Köln vorgenommene Berechnung keine Rückschlüsse auf eine potentielle Belastungshöhe des LVR zulasse. **Herr Lewandrowski** ergänzt, dass die von der Stadt Köln erstellte Berechnung seitens des LVR nicht nachvollziehbar sei.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht zur Beantwortung der Anfrage 14/10 - Entwicklung des Haushaltes 2016 und Rückstellungen für Integrationshilfen - gemäß Vorlage Nr. 14/1327 zur Kenntnis.

Punkt 24.2
Anfrage 14/9

Punkt 24.2.1
Anfrage: Ziele und Kennzahlen im Haushalt 2017/2018
Anfrage 14/9 GRÜNE

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Anfrage-Nr. 14/9 zur Kenntnis.

Punkt 24.2.2
Beantwortung Anfrage Nr. 14/9: Ziele und Kennzahlen im Haushalt 2017/2018
Vorlage 14/1326

Herr Klemm bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung dieser Anfrage und regt zur Thematik "Ziele / Kennzahlen" eine gemeinsame Veranstaltung von "Politik und Verwaltung" an, um gemeinsam Möglichkeiten einer besseren Steuerung zu sondieren. **Herr Dr. Ammermann** ergänzt, dass die bevorstehenden Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 geeignet seien, um sich mit verschiedenen Fragestellungen auseinander zu setzen.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht zur Beantwortung der Anfrage 14/9 - Ziele und Kennzahlen im Haushalt 2017/2018 - gemäß Vorlage Nr. 14/1326 zur Kenntnis.

Punkt 25
Mitteilungen der Verwaltung

Frau Hötte berichtet über eine Nachfrage der Stadt Köln zur Höhe der Landschaftsumlage für das Haushaltsjahr 2017. Sie hebt hervor, dass keine seriöse Aussage für eine einzelne Mitgliedskörperschaft über die mögliche Höhe der Landschaftsumlage 2017 auf Basis der momentan dem LVR zur Verfügung stehenden Datenlage getroffen werden könne. Die von der Stadt Köln intern angestellten Berechnungen für das kommende Haushaltsjahr seien demnach auch nur Prognosen. Sie ergänzt, dass der Stadt Köln der Festsetzungsbescheid des LVR für das Haushaltsjahr 2016 bereits im Januar dieses Jahres zugegangen sei.

Punkt 26
Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Dormagen, 01.09.2016

Der Vorsitzende

Dr. A m m e r m a n n

Köln, 26.08.2016

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

H ö t t e

Entwurf des Jahresabschlusses 2015 des Landschaftsverbandes Rheinland

Präsentation der Eckpunkte
im Finanzausschuss

am 29.06.2016

“Nichts kann existieren ohne Ordnung, nichts kann entstehen ohne Chaos.” (Albert Einstein)

3.732.765 Buchungsbelege

49.447 Anlagen

1.743 Konten



Umfrage zu Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen zum Stichtag 1. März 2015

**In 2015 hat auch die letzte noch fehlende NRW-Kommune
ihre Eröffnungsbilanz erstellt**

**Festgestellte Jahresabschlüsse 2011 = 89 % (Vj.: 66%)
*46 Kommunen verfügen damit immer noch nicht über einen
Jahresabschluss 2011***

Festgestellte Jahresabschlüsse 2013 = 52%

Entwurf der Ergebnisrechnung 2015

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
<u>Erträge/ Aufwendungen</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. €</u>
1 Ordentliche Erträge	3.778,3	3.591,9
2 Ordentliche Aufwendungen	3.751,4	3.596,8
3 Ordentliches Ergebnis (= 1-2)	26,9	-5,0
4 Finanzergebnis	12,4	10,2
5 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 3-4)	39,3	5,2
6 Außerordentliches Ergebnis	-	18,4
7 Jahresergebnis (= 5-6)	39,3	23,6
<i>*nachrichtlich: Wertberichtigung auf Finanzanlagen (verrechnet mit der Allgemeinen Rücklage</i>	<i>-34,5</i>	<i>0,0</i>

Entwurf der Ergebnisrechnung 2015

Keine unverzügliche Anzeige des Jahresabschlusses 2015 bei der Aufsichtsbehörde gem. § 75 (5) GO NRW erforderlich!

Ergebnisplan 2015	- 2,8 Mio. €
Ergebnisrechnung 2015:	
Ergebnis der lfd. Verwaltung	39,3 Mio. €

Fehlbetrag war geplant / Ergebnis ist ein Überschuss!

Anzeige des festgestellten Jahresabschluss gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW nach der Landschaftsversammlung am 21.12.2016.

Kennzahlen im Mehrjahresvergleich

Angaben in %

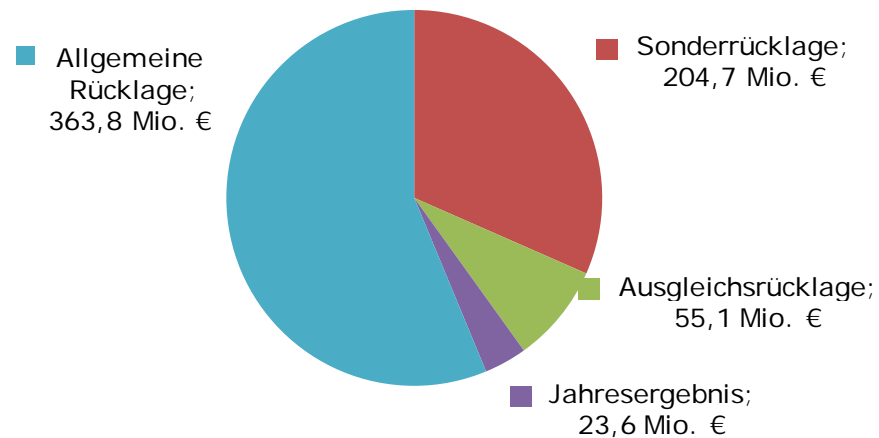
Kennzahl	Erläuterung	2012	2013	2014	2015
Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	99,06	100,01	99,86	100,72
Allgemeine Umlagenquote	$\frac{\text{Landschaftsumlage} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	68,44	66,57	65,29	65,99
Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	11,18	11,21	10,08	10,41
Transferaufwandsquote	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	79,94	77,44	76,05	74,85

Entwurf der Bilanz zum 31.12.2015

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014	Passiva	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. €	Mio. €		Mio. €	Mio. €
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,7	2,8	Allgemeine Rücklage	328,8	363,8
Sachanlagen	754,4	760,6	Sonderrücklage	204,7	204,7
Finanzanlagen	1.575,7	1.410,5	Ausgleichsrücklage	78,7	73,5
			Jahresergebnis/Bilanzgewinn	39,3	5,2
2. Umlaufvermögen			2. Sonderposten		
Vorräte	0,9	0,8	Sonderposten für		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	332,4	362,9	Zuwendungen	192,4	188,4
Wertpapiere Umlaufvermögen	258,0	80,5	Sonstige Sonderposten	221,4	218,0
Liquide Mittel	277,4	433,2			
			3. Rückstellungen	1.105,6	989,0
3. Aktive	25,7	26,2			
Rechnungsabgrenzung			4. Verbindlichkeiten	1.050,7	1.030,8
			5. Passive	4,6	4,1
			Rechnungsabgrenzung		
Bilanzsumme	3.226,2	3.077,5	Bilanzsumme	3.226,2	3.077,5

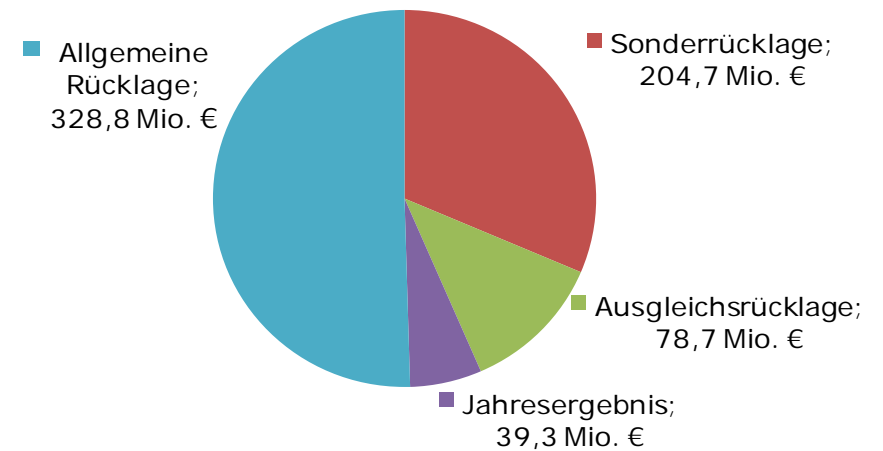
Eigenkapital des LVR in Mio €

2014: 647,2 Mio. €



EK-Quote: 20,2 %

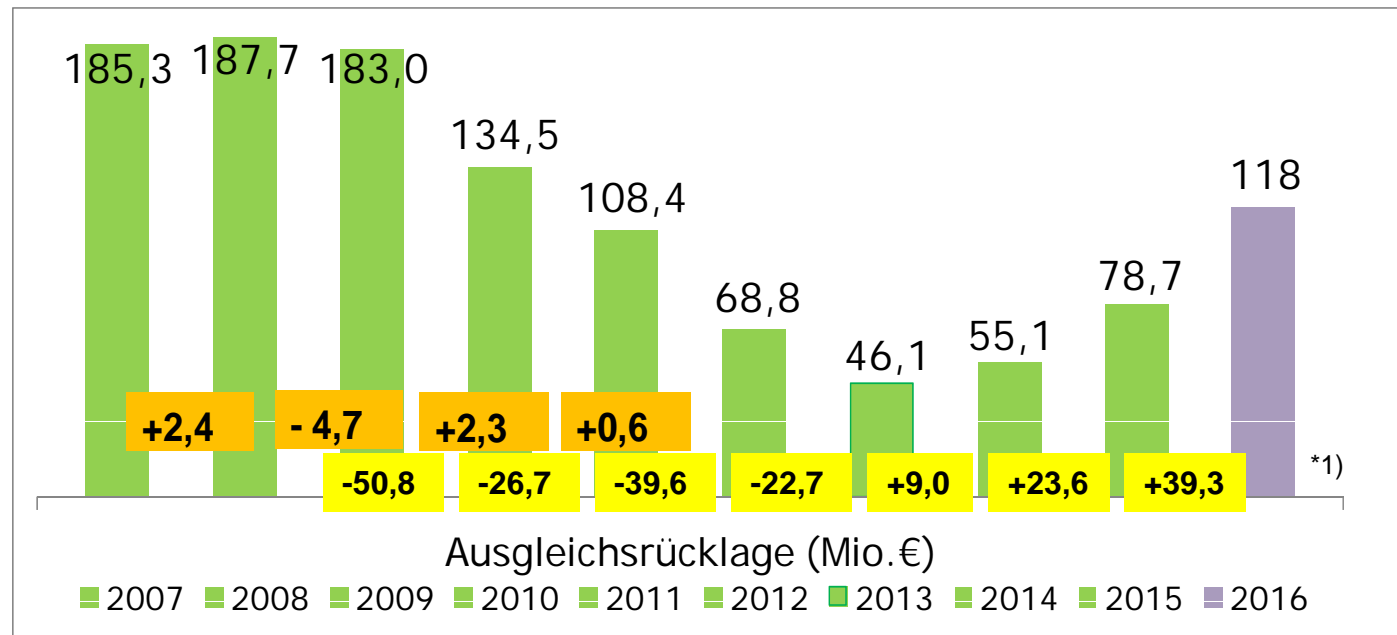
2015: 651,5 Mio. €



EK-Quote: 21,0 %

Eigenkapitalquote Eröffnungsbilanz: 21,5 %

Entwicklung der Ausgleichsrücklage

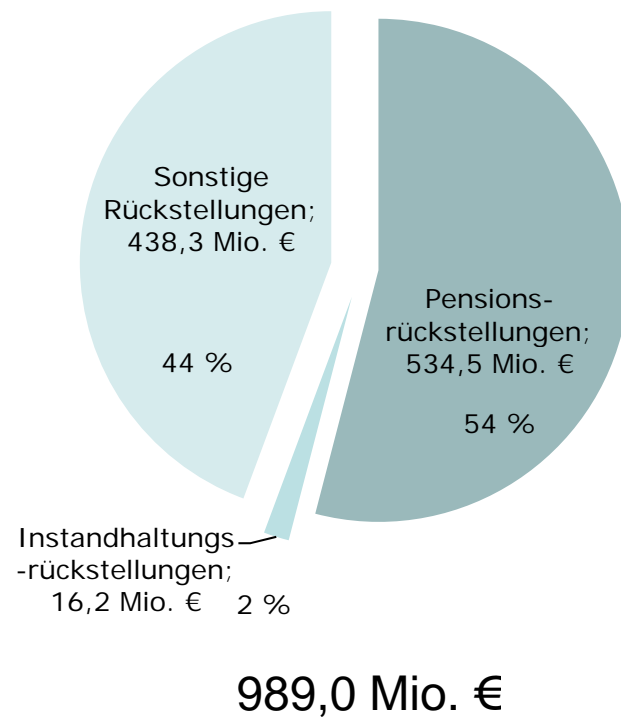


Veränderungen durch **Jahresergebnis** und **Berichtigungen zur Eröffnungsbilanz**

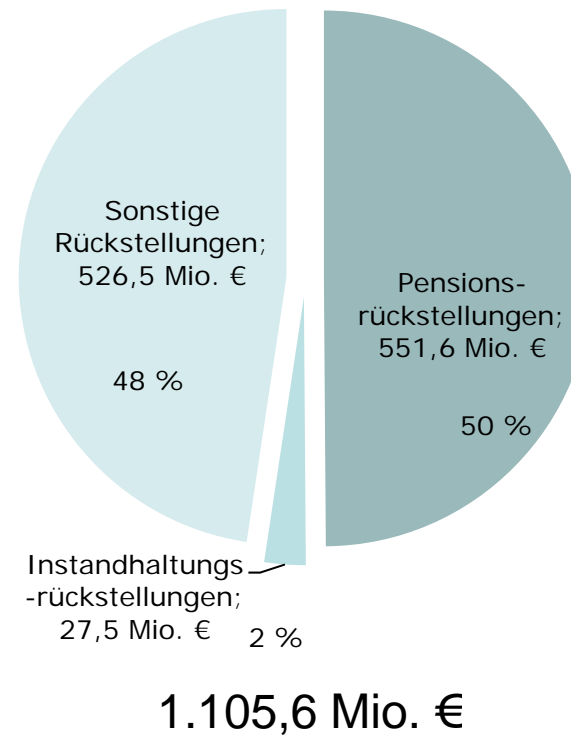
*1) Entwurf

Rückstellungen

2014

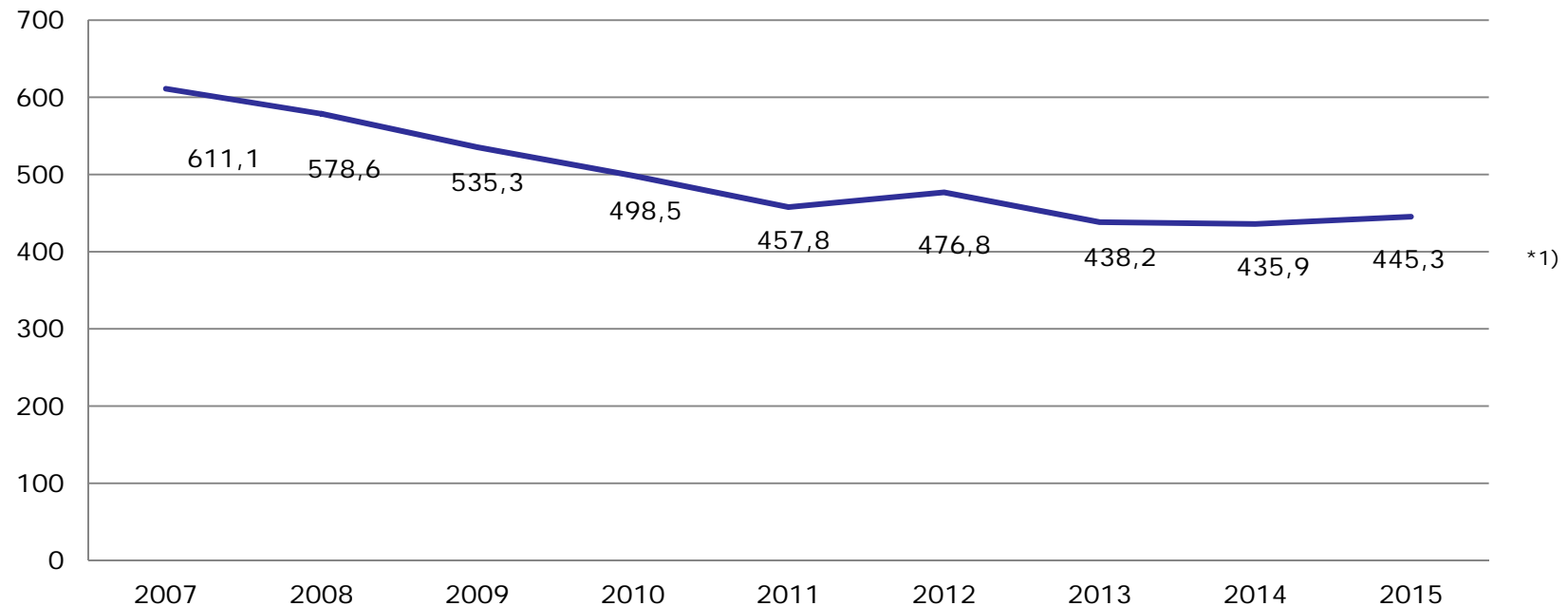


2015



Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten

Schuldenstand zum 31.12.2015: **445,3 Mio. €**



1*) Angaben in Mio. €

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

